

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Selbstauskunft für Vermieter und Investoren

Wenn die Selbstauskunft durch Ihren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer testiert ist, sind zusätzliche Unterlagen bzw. Nachweise zum Einkommen und Vermögen in der Regel nicht erforderlich. Vorsorglich enthält die Selbstauskunft jedoch die Vollmacht für Ihren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer, weitere Auskünfte zu erteilen und Nachweise zu führen. Ist die Selbstauskunft nicht testiert, fügen Sie bitte Einkommensnachweise für die letzten drei Jahre (Kopien der Steuerbescheide, Jahresabschlüsse, Überschussrechnungen, Gehaltsbescheinigungen u. ä.) sowie aktuelle Vermögensnachweise (Depot-/Kontoauszüge u. ä.) bei.

I. Angaben zur Person

Person

Nachname

Vorname (bitte alle Vornamen angeben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsname

Straße und Haus-Nr.

PLZ

Ort

Personalausweis-Nr./ Pass-Nr.

Ausstellende Behörde des Ausweises / Passes

Staatsangehörigkeit (wenn nicht EU-Staatsangehörigkeit, bitte unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Kopie beifügen)

Steuer-ID

Familienstand

☐ ledig ☐ verheiratet ☐ geschieden ☐ verwitwet

Wirtschafts-ID

Güterstand

☐ gesetzlich ☐ vereinbart

Telefon-Nr. privat

Telefon-Nr. tagsüber

Telefax

E-Mail

Beruflicher Status

Tätigkeit/Stellung im Leben:

☐ Angestellte/r ☐ Arbeiter/in ☐ Beamte/r ☐ Hausfrau/-mann ☐ Elternzeit
☐ Rentner/in Pensionär/in ☐ Auszubildende/r ☐ Student/in ☐ ohne berufliche Tätigkeit

z.Zt. ausgeübte Tätigkeit

Arbeitgeber

Beschäftigt seit

Ich befinde mich derzeit

a) in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis ☐ Ja ☐ Nein

b) in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis ☐ Ja ☐ Nein

Wenn nein, befristet bis:

c) in der Probezeit

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, Probezeit bis:

Selbständige/r*

☐ Ja ☐ Nein

Selbstständig als

Selbstständig seit

Erlerner Beruf

Firma

Branche

*Bitte füllen Sie das Formular "[Anlage zur Selbstauskunft](#)" aus und senden Sie es an die IBB.

Weitere unterhaltsberechtigte Personen

	Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	zieht mit ein
1.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Berufstätig

Ausgeübter Beruf

1. Person ☐ Ja ☐ Nein

2. Person ☐ Ja ☐ Nein

3. Person ☐ Ja ☐ Nein

II. Angaben zum Einkommen (in TEUR)

Einkünfte aus	der letzten 3 Jahre			lfd. Jahr bis dato
	20	20	20	
nichtselbständiger Arbeit (gem. Gehaltsabrechnung)				
Brutto				
Netto				
Selbständige Arbeit (gem. Ausweis Anlage S der Steuererklärung)				
Gewerbebetrieb (gem. Ausweis Anlage G der Steuererklärung)				
Kapitalvermögen (gem. Ausweis Anlage KAP der Steuererklärung)				
Vermietung / Verpachtung (gem. Immobilienaufstellung)				
Pensionen, Renten, Pflegegeld (gem. Bescheid Versorgungsträger)				
Sonderzahlungen (z.B. regelmäßige Tantiemen, Weihnachtsgeld)				
Kindergeld				
Unterhaltsleistungen				
Sonstiges				
Art: _____				
Summe				

Einkommen in Nicht-EURO-Währung ☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, Währung: _____

Art des Einkommens: _____

III. Angaben zu den privaten Ausgaben in TEUR

Ausgaben in 20 (i.d.R. Vorjahr)

Bruttowarmmiete/Wohngeld	
Wenn Vermietung / Verpachtung:	
Finanzierungen Immobilien (Leistungsraten aller Objekte gem. Immobilienaufstellung)	
Bewirtschaftungskosten Immobilien (aller Objekte gem. Immobilienaufstellung)	
Sonstige Finanzierungen (z.B. Leasing, selbstgenutztes Wohneigentum)	
Lebenshaltungskosten	
Private Altersvorsorge, Private Rentenversicherung	
Bausparen	
Private Krankenversicherung (inkl. Freiwillige Zusatzversicherung)	
Unterhaltszahlungen	
Sonstiges	
Steuern auf alle Einkünfte (gem. Steuerbescheid)	
Summe	
Saldo	

IV. Vermögensverhältnisse in TEUR

	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
<u>Grundvermögen /-verbindlichkeiten</u>		
Summe Grundvermögen (gem. Immobilienaufstellung)	<input type="text"/>	
Summe Grundschulden / Hypotheken		<input type="text"/>
<u>Betriebsvermögen /-verbindlichkeiten sowie Beteiligungen</u>		
Summe Betriebsvermögen sowie Beteiligungen (gem. Beteiligungsaufstellung)	<input type="text"/>	
Summe Verbindlichkeiten aus Betriebsvermögen sowie Beteiligungen		<input type="text"/>
<u>Kapitalvermögen /-verbindlichkeiten</u>		
Restkapital per:	<input type="text"/>	
Wertpapiere (Kurswert)	<input type="text"/>	
Bar-, Bank-, Bausparguthaben	<input type="text"/>	
Verbindlichkeiten aus Finanzierung von Kapitalvermögen		<input type="text"/>
Verbindlichkeiten / Kredite inkl. Eigenkapitalvorfinanzierungen		<input type="text"/>
davon lang- /mittelfristig		<input type="text"/>
davon kurzfristig (bis 1 Jahr)		<input type="text"/>
<u>Lebensversicherungen</u>		
Werte per:	<input type="text"/>	
Versicherungssumme	<input type="text"/>	
Rückkaufswert	<input type="text"/>	
<u>Steuerverbindlichkeiten</u>		
Summe Steuerverbindlichkeiten		<input type="text"/>
<u>Sonstiges</u>		
Sonstiges Vermögen	<input type="text"/>	
Art:	<input type="text"/>	
Sonstige Verbindlichkeiten		<input type="text"/>
Art:	<input type="text"/>	
Summen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Saldo	<input type="text"/>	

V. Erklärungen/Vollmachten

Ich versichere/Wir versichern, diese Angaben vollständig und nach bestem Wissen gemacht zu haben. Einkommens- und Vermögensnachweise sind beigelegt.

Vorsorglich bevollmächtigte(n) und beauftragte(n) ich/wir hiermit meinen/unseren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer, die Richtigkeit meiner/unserer Angaben auf diesem Original oder einer Kopie dieser Selbstauskunft zu bestätigen. Gleichzeitig bevollmächtigte(n) ich/wir ihn, der Investitionsbank Berlin während der gesamten Laufzeit des Darlehens/der Bürgschaft uneingeschränkt Auskunft über meine/unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen. (Dieser Absatz ist ggf. zu streichen.)

Ein Konkurs-/Vergleichs- oder Insolvenzverfahren hat stattgefunden

☐ nein ☐ ja

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen haben stattgefunden

☐ nein ☐ ja

Eine eidesstattliche Versicherung wurde abgegeben

☐ nein ☐ ja

Eine Kreditkündigung wurde mir/uns gegenüber ausgesprochen

☐ nein ☐ ja

Mahnbescheide oder Scheckretouren bzw. Wechselproteste sind vorgekommen

☐ nein ☐ ja

Bürgschaften, Mithaftungen oder ähnliche Verpflichtungen wurden übernommen

☐ nein ☐ ja

In Höhe von (TEUR)

Liegen aktuelle oder schwebende Verfahren vor?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja, bitte Erläuterung

Ich versichere, dass die Angaben der Wahrheit entsprechen und nehme zur Kenntnis, dass unrichtige Angaben zur Ablehnung des Antrags führen können. Die IBB ist berechtigt, jederzeit die öffentlichen Register sowie das Grundbuch und die Grundakten einzusehen und einfache oder beglaubigte Abschriften und Auszüge zu beantragen, ebenso Auskünfte bei Versicherungen, Behörden und sonstigen Stellen, insbesondere Kreditinstituten, einzuholen, die sie zur Beurteilung des vorstehenden Antrags für erforderlich halten darf.

☐ Ich habe die „Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO“ der IBB (www.ibb.de/datenschutzinformation) zur Kenntnis genommen

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Ich bestätige die Richtigkeit vorstehender Angaben nach den mir übergebenen Unterlagen und erteilten Auskünften zu den Einkommensverhältnissen und zu den Vermögensverhältnissen.

Ort, Datum

Stempel bzw. Siegel und Unterschrift des Steuerberaters bzw. Wirtschaftsprüfers

Einwilligung zur Kommunikation per E-Mail

Sie können mit der Investitionsbank Berlin per E-Mail kommunizieren. Da wir Datenschutz und Bankgeheimnis sehr ernst nehmen, empfehlen wir die Nutzung eines E-Mail-Verschlüsselungsverfahrens, weil nur dieses wirkungsvoll personenbezogene oder vertrauliche Informationen schützen kann. Unverschlüsselte E-Mails sind nicht als sicher anzusehen.

Mit dieser Einwilligung erklären Sie sich einverstanden, dass wir Sie per E-Mail kontaktieren dürfen. Wir werden an Sie keine unverschlüsselten E-Mails versenden, die über Ihren Namen und E-Mail-Adresse hinaus personenbezogene Daten enthalten. Sie können diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

☐ Mit der dargestellten Vorgehensweise bin ich einverstanden. Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung jederzeit widerrufen kann.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Investitionsbank Berlin übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank/Sparkasse oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Ich befreie die Investitionsbank Berlin insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DS-GVO (siehe Anlage 3) entnommen oder online unter <https://www.schufa.de/de/datenschutz-dsgvo/> eingesehen werden.“

☐ Ich habe das SCHUFA-Informationsblatt zur (Anlage 3) Kenntnis genommen.

Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 Geldwäschegesetz (GwG) ist die Investitionsbank Berlin (IBB) verpflichtet, den Status „Politisch exponierte Person“ ihrer Kunden und deren wirtschaftlich Berechtigter (soweit vorhanden) zu bestimmen.

Die Definitionen sind im beiliegenden Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) aufgeführt (siehe Anlage 2).

Das beiliegende Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) habe ich zur Kenntnis genommen.

☐ Ich bin **keine** politisch exponierte Person, kein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person und keine ihr nahestehende Person.

☐ Ich bin **eine** politisch exponierte Person, ein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person oder eine ihr nahestehende Person.

Nähere Angaben zu meiner Funktion/ Rolle:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Name des Unterzeichners in Druckbuchstaben

Anlage 1

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Wir möchten Ihnen daher an dieser Stelle Informationen darüber geben, wie wir Ihre Daten schützen, welche Daten und zu welchem Zweck wir Ihre Daten verarbeiten und welche Rechte Sie bezüglich Ihrer durch uns verarbeiteten Daten haben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten bzw. mit Ihnen vereinbarten Leistungen. Darüber hinaus können Sie ggf. weitergehende datenschutzrechtliche Informationen sowie die maßgeblichen Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten in den Antrags- und Vertragsformularen einzelner Förderprogramme finden. Maßgeblich sind die rechtlichen Grundlagen, wie etwa Förderrichtlinien, EU-Verordnungen und Gesetze, in ihrer jeweils aktuell gültigen Fassung.

I. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragte:r

Verantwortliche für die Datenverarbeitung:	Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:
Investitionsbank Berlin, vertreten durch den Vorstand Bundesallee 210, 10719 Berlin Telefon: (030) 21 25 – 0, Fax: (030) 21 25 – 20 20 E-Mail-Adresse: info@ibb.de	Datenschutzbeauftragte:r der Investitionsbank Berlin Bundesallee 210, 10719 Berlin E-Mail-Adresse: datenschutz@ibb.de

II. Zwecke der Datenverarbeitung

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich, um Ihre Anfrage bezüglich einer unserer Förderprogramme bzw. Dienstleistungen zu beantworten, zur Umsetzung der mit Ihnen geschlossenen Verträge bzw. Ihnen erteilten Förderzusagen, zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen. Je nach Zweck liegen dem unterschiedliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung zu Grunde (siehe III.). Es kann auch der Fall sein, dass die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten gesetzlich (z.B. zur Geldwäscheprävention) oder vertraglich (z.B. zur Prüfung Ihrer Kreditwürdigkeit) vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist. Dann sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen; eine Nichtbereitstellung hätte möglicherweise zur Folge, dass wir unsere Leistungen nicht erbringen können oder dürfen oder dass wir einen Geldwäscheverdacht melden müssen.

III. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a), b), c), e) und f) DSGVO)

Unsere Befugnis zur Datenverarbeitung ergibt sich aus Artikel 6 Abs.1 bis 3 DSGVO durch Einwilligung oder Rechtsgrundlage (z.B. Gesetz oder EU-Verordnung).

Soweit Sie uns eine Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) i.V.m. Art. 7 DSGVO) zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Registrierung im Kundenportal, Kommunikation per E-Mail) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen und zur Umsetzung Ihrer Aufträge sowie zur Ausführung aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kreditinstituts erforderlichen Tätigkeiten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO). Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach dem konkreten Produkt. Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können sie den jeweiligen Vertragsunterlagen und Geschäftsbedingungen entnehmen.

Zudem unterliegen wir als Kreditinstitut u.a. rechtlichen Verpflichtungen (z.B. Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z.B. der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu diesen Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO.

Die Investitionsbank Berlin als Anstalt des öffentlichen Rechts hat vom Land Berlin den Auftrag, Fördermaßnahmen durchzuführen, die im öffentlichen Interesse sind [§ 5 Investitionsbankgesetz (IBBG)]. Um diese Zwecke zu erfüllen, verarbeitet sie personenbezogene Daten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO).

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO). Dies gilt beispielsweise für:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunftfeien (z.B. SCHUFA) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken;
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der IBB;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten;
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts;
- Direktmarketing.

IV. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung besonderer Kategorien (Art. 9 Abs. 2 DSGVO)

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „sensible Daten“, z.B. Informationen zu Ihrer Gesundheit (z.B. Schwerbehinderung), erheben wir, wenn dies für die Durchführung der Fördermaßnahme erforderlich ist. Personenbezogene Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft, zu politischen Meinungen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, genetische Daten oder biometrische Daten zur Identifizierung einer Person und Angaben zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung werden von uns grundsätzlich nicht verarbeitet, es sei denn, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet oder dies ist im Rahmen der von uns angebotenen Förderungen, Produkte und Dienstleistungen erforderlich.

V. Datenverarbeitung im Rahmen der Online-Identifikation

Bei einigen unserer Produkte ist es notwendig, dass wir eine Personen-Identifizierung durchführen. Dies ist auch in Ihrem Sinn, da dadurch Betrug und anderen unberechtigten Vertragsabschlüssen vorgebeugt werden kann. Darüber hinaus sind wir zum Teil gesetzlich zur Identifizierung verpflichtet. Je nach Produkt führen wir eine Identifikation zum Zwecke der Legitimation aufgrund gesetzlicher Vorgaben (wie z.B. dem Geldwäschegesetz) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO oder zum Zwecke der Identifizierung aufgrund berechtigter Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO (zum Beispiel zur Verhinderung von Betrugshandlungen) durch. Eine Nutzung erfolgt dabei nur mit Ihrem Einverständnis gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Für die Online-Identifikation nutzen wir die Dienste unseres Vertragspartners WebID Solutions GmbH. Ihre Einwilligung, ggf. auch zur Verarbeitung biometrischer Daten, erteilen Sie vor der Nutzung des Online-Identifizierungsverfahrens.

VI. Kategorien der personenbezogenen Daten und Kategorien von Empfängern

Wir verarbeiten u.a. folgende personenbezogene Daten: Identitätsdaten (z.B. Namen, Adressen etc.), wirtschaftliche Daten, Objektdaten, Gesundheitsdaten. Kategorien von möglichen Empfängern sind u.a. deutsche und europäische Behörden, andere Kreditinstitute und Finanzierungspartner, Berater bzw. Gutachter und Auskunftsteile. Des Weiteren können Empfänger Ihrer Daten von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO sein. Dies sind u.a. Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, Innovationsförderung, Druckdienstleistungen, IT- und Telekommunikations-Dienstleistungen, Statistik, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

VII. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Soweit erforderlich verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich u.a. aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) oder dem Geldwäschegesetz (GwG) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt. Darüber hinaus kann es bei Fördermaßnahmen zu einer abweichenden Speicherdauer aufgrund von landesrechtlichen oder europarechtlichen Vorschriften kommen.

VIII. Ihre Rechte in Bezug auf den Datenschutz

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft (Art. 15 DSGVO) zu verlangen. Ebenfalls steht Ihnen das Recht zu, bei Vorliegen der Voraussetzungen Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Ihrer Daten zu verlangen. Sie haben das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns gegeben haben, in einem übertragbaren Format zu erhalten (Art. 20 DSGVO).

Es besteht zudem ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin.

IX. Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) und f) der DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder im Rahmen einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Direktwerbung oder ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO, das wir zur Bonitätsbewertung einsetzen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210, 10719 Berlin

X. Einwilligungen

Ihre nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO erteilten Einwilligungen können Sie jederzeit für die Zukunft gegenüber der Investitionsbank Berlin widerrufen. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DSGVO erteilt wurden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

XI. Nutzung der Daten für die Profilbildung (Scoring)

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir das Scoring. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielweise Einkommensverhältnisse, Ausgaben, bestehende Verbindlichkeiten, Beruf, Arbeitgeber, Beschäftigungsdauer, Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Das Scoring beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein. Eine automatisierte Entscheidung im Einzelfall im Sinne des Art. 22 DSGVO nutzen wir nicht.

Ich habe die Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO der IBB erhalten und zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Kunden/ Name in Druckbuchstaben

Anlage 2

Definition "Politisch exponierte Person" (PEP)

Eine politisch exponierte Person ist gemäß § 1 Abs. 12 Geldwäschegesetz jede Person, die ein wichtiges öffentliches Amt auf **internationaler, europäischer** oder **nationaler** Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat.

Personen, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben oder ausgeübt haben:

1. Staatschefs, Regierungschefs, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission, stellv. Minister und Staatssekretäre,
2. Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane,
3. Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien,
4. Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfe oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann,
5. Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen,
6. Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken,
7. Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés,
8. Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen,
9. Direktoren, stellv. Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation.

Eine Person, die seit mindestens einem Jahr keine wichtigen öffentlichen Ämter im Sinne der o. g. Tätigkeiten ausgeübt hat, ist nicht mehr als politisch exponiert zu betrachten.

Familienmitglied ist ein naher Angehöriger, insbesondere

- der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner,
- ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie
- jeder Elternteil.

Bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne des Gesetzes ist eine natürliche Person, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass diese Person

1. gemeinsam mit einer politisch exponierten Person
 - a. wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder
 - b. wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist,
2. zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
3. alleiniger wirtschaftliche Berechtigter
 - a. einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder
 - b. einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

Anlage 3

SCHUFA-Information

1. Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

SCHUFA Holding AG, Komoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Tel.: +49 (0) 6 11-92 78 0

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der SCHUFA ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Abteilung Datenschutz oder per E-Mail unter datenschutz@schufa.de erreichbar.

2. Datenverarbeitung durch die SCHUFA

2.1 Zwecke der Datenverarbeitung und berechtigte Interessen, die von der SCHUFA oder einem Dritten verfolgt werden

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten, um berechtigten Empfängern Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen und juristischen Personen zu geben. Hierzu werden auch Scorewerte errechnet und übermittelt. Sie stellt die Informationen nur dann zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und eine Verarbeitung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Das berechtigte Interesse ist insbesondere vor Eingehung von Geschäften mit finanziellem Ausfallrisiko gegeben. Die Kreditwürdigkeitsprüfung dient der Bewahrung der Empfänger vor Verlusten im Kreditgeschäft und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, Kreditnehmer durch Beratung vor einer übermäßigen Verschuldung zu bewahren. Die Verarbeitung der Daten erfolgt darüber hinaus zur Betrugsprävention, Seriositätsprüfung, Geldwäscheprävention, Identitäts- und Altersprüfung, Anschriftenermittlung, Kundenbetreuung oder Risikosteuerung sowie der Tarifierung oder Konditionierung. Über etwaige Änderungen der Zwecke der Datenverarbeitung wird die SCHUFA gemäß Art. 14 Abs. 4 DS-GVO informieren.

2.2 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten auf Grundlage der Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung. Die Verarbeitung erfolgt auf Basis von Einwilligungen sowie auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DS-GVO erteilt wurden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten personenbezogenen Daten.

2.3 Herkunft der Daten

Die SCHUFA erhält ihre Daten von ihren Vertragspartnern. Dies sind im europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Institute, Finanzunternehmen und Zahlungsdienstleister, die ein finanzielles Ausfallrisiko tragen (z.B. Banken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Kreditkarten-, Factoring- und Leasingunternehmen) sowie weitere Vertragspartner, die zu den unter Ziffer 2.1 genannten Zwecken Produkte der SCHUFA nutzen, insbesondere aus dem (Versand-)Handels-, eCommerce-, Dienstleistungs-, Vermietungs-, Energieversorgungs-, Telekommunikations-, Versicherungs-, oder Inkassobereich. Darüber hinaus verarbeitet die SCHUFA Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen wie öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen (Schuldnerverzeichnisse, Insolvenzbekanntmachungen).

2.4 Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden (Personendaten, Zahlungsverhalten und Vertragstreue)

- Personendaten, z.B. Name (ggf. auch vorherige Namen, die auf gesonderten Antrag beauskunftet werden), Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, frühere Anschriften
- Informationen über die Aufnahme und vertragsgemäße Durchführung eines Geschäftes (z.B. Girokonten, Ratenkredite, Kreditkarten, Pfändungsschutzkonten, Basiskonten)
- Informationen über unbestrittene, fällige und mehrfach angemahnte oder titulierte Forderungen sowie deren Erledigung
- Informationen zu missbräuchlichem oder sonstigem betrügerischem Verhalten wie Identitäts- oder Bonitätstauschungen
- Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen
- Scorewerte

2.5 Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger sind im europäischen Wirtschaftsraum, in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Vertragspartner gem. Ziffer 2.3. Weitere Empfänger können externe Auftragnehmer der SCHUFA nach Art. 28 DS-GVO sowie externe und interne SCHUFA-Stellen sein. Die SCHUFA unterliegt zudem den gesetzlichen Eingriffsbefugnissen staatlicher Stellen.

2.6 Dauer der Datenspeicherung

Die SCHUFA speichert Informationen über Personen nur für eine bestimmte Zeit.

Maßgebliches Kriterium für die Festlegung dieser Zeit ist die Erforderlichkeit. Für eine Prüfung der Erforderlichkeit der weiteren Speicherung bzw. die Löschung personenbezogener Daten hat die SCHUFA Regelfristen festgelegt. Danach beträgt die grundsätzliche Speicherdauer von personenbezogenen Daten jeweils drei Jahre taggenau nach deren Erledigung. Davon abweichend werden z.B. gelöscht:

- Angaben über Anfragen nach zwölf Monaten taggenau
- Informationen über störungsfreie Vertragsdaten über Konten, die ohne die damit begründete Forderung dokumentiert werden (z. B. Girokonten, Kreditkarten, Telekommunikationskonten oder Energiekonten), Informationen über Verträge, bei denen die Evidenzprüfung gesetzlich vorgesehen ist (z.B. Pfändungsschutzkonten, Basiskonten) sowie Bürgschaften und Handelskonten, die kreditorisch geführt werden, unmittelbar nach Bekanntgabe der Beendigung.

- Daten aus den Schuldnerverzeichnissen der zentralen Vollstreckungsgerichte nach drei Jahren taggenau, jedoch vorzeitig, wenn der SCHUFA eine Löschung durch das zentrale Vollstreckungsgericht nachgewiesen wird
- Informationen über Verbraucher-/Insolvenzverfahren oder Restschuldbefreiungsverfahren taggenau drei Jahre nach Beendigung des Insolvenzverfahrens oder Erteilung der Restschuldbefreiung. In besonders gelagerten Einzelfällen kann auch abweichend eine frühere Löschung erfolgen.
- Informationen über die Abweisung eines Insolvenzantrages mangels Masse, die Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen oder über die Versagung der Restschuldbefreiung taggenau nach drei Jahren
- Personenbezogene Voranschriften bleiben taggenau drei Jahre gespeichert; danach erfolgt die Prüfung der Erforderlichkeit der fortwährenden Speicherung für weitere drei Jahre. Danach werden sie taggenau gelöscht, sofern nicht zum Zwecke der Identifizierung eine länger wählende Speicherung erforderlich ist.

3. **Betroffenenrechte**

Jede betroffene Person hat gegenüber der SCHUFA das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO. Die SCHUFA hat für Anliegen von betroffenen Personen ein Privatkunden ServiceCenter eingerichtet, das schriftlich unter SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln, telefonisch unter +49 (0) 6 11-92 78 0 und über ein Internet-Formular unter www.schufa.de erreichbar ist. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich an die für die SCHUFA zuständige Aufsichtsbehörde, den Hessischen Datenschutzbeauftragten, zu wenden. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden.

**Nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO kann der Datenverarbeitung aus Gründen,
die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, widersprochen werden.
Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und ist zu richten an
SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln.**

4. **Profilbildung (Scoring)**

Die SCHUFA-Auskunft kann um sogenannte Scorewerte ergänzt werden. Beim Scoring wird anhand von gesammelten Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Prognose über zukünftige Ereignisse erstellt. Die Berechnung aller Scorewerte erfolgt bei der SCHUFA grundsätzlich auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der SCHUFA gespeicherten Informationen, die auch in der Auskunft nach Art. 15 DS-GVO ausgewiesen werden. Darüber hinaus berücksichtigt die SCHUFA beim Scoring die Bestimmungen § 31 BDSG. Anhand der zu einer Person gespeicherten Einträge erfolgt eine Zuordnung zu statistischen Personengruppen, die in der Vergangenheit ähnliche Einträge aufwiesen. Das verwendete Verfahren wird als „logistische Regression“ bezeichnet und ist eine fundierte, seit langem praxiserprobte, mathematisch-statistische Methode zur Prognose von Risikowahrscheinlichkeiten.

Folgende Datenarten werden bei der SCHUFA zur Scoreberechnung verwendet, wobei nicht jede Datenart auch in jede einzelne Scoreberechnung mit einfließt: Allgemeine Daten (z.B. Geburtsdatum, Geschlecht oder Anzahl im Geschäftsverkehr verwendeter Anschriften), bisherige Zahlungsstörungen, Kreditaktivität letztes Jahr, Kreditnutzung, Länge Kredithistorie sowie Anschriftendaten (nur wenn wenige personenbezogene kreditrelevante Informationen vorliegen). Bestimmte Informationen werden weder gespeichert noch bei der Berechnung von Scorewerten berücksichtigt, z.B.: Angaben zur Staatsangehörigkeit oder besondere Kategorien personenbezogener Daten wie ethnische Herkunft oder Angaben zu politischen oder religiösen Einstellungen nach Art. 9 DS-GVO. Auch die Geltendmachung von Rechten nach der DS-GVO, also z.B. die Einsichtnahme in die bei der SCHUFA gespeicherten Informationen nach Art. 15 DS-GVO, hat keinen Einfluss auf die Scoreberechnung.

Die übermittelten Scorewerte unterstützen die Vertragspartner bei der Entscheidungsfindung und gehen dort in das Risikomanagement ein. Die Risikoeinschätzung und Beurteilung der Kreditwürdigkeit erfolgt allein durch den direkten Geschäftspartner, da nur dieser über zahlreiche zusätzliche Informationen – zum Beispiel aus einem Kreditantrag - verfügt. Dies gilt selbst dann, wenn er sich einzig auf die von der SCHUFA gelieferten Informationen und Scorewerte verlässt. Ein SCHUFA-Score alleine ist jedenfalls kein hinreichender Grund einen Vertragsabschluss abzulehnen.

Weitere Informationen zum Kreditwürdigkeitssoring oder zur Erkennung auffälliger Sachverhalte sind unter www.scoring-wissen.de erhältlich.